KREISSTADT MERZIG, STADTTEIL HILBRINGEN

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohnen im Schlossgarten“

- **Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB**
- **Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**
- **Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB**

Beschlussvorlage zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden fand vom 04.03.2021 bis 16.04.2021 statt. Im Anschreiben vom 24.02.2021 wurde darauf hingewiesen, dass bei Nichtäußerung davon ausgegangen wird, dass keine Bedenken und Anregungen vorliegen.

Parallel hierzu fand die Beteiligung der Öffentlichkeit statt.

Zur vorliegenden Planung haben sich Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert. Bürgerinnen und Bürger haben sich zur vorliegenden Planung ebenfalls geäußert.

Die geäußerten Anregungen werden, wie folgt beschrieben, in die Planung eingestellt.

Stand: 23.09.2021

1 LANDESAMT FÜR UMWELT- UND ARBEITSSCHUTZ

Don-Bosco-Straße 1
66119 Saarbrücken

Schreiben vom 14.04.2021
AZ: 01/1313/1079/Wß

„zu dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Wohnen im Schlossgarten" Stadt Merzig, Stadtteil Hilbringen nehmen wir wie folgt Stellung und bitten, die aufgeführten Hinweise und Anmerkungen zu berücksichtigen:

Naturschutz

Durch die bereits durchgeführten Rodungen zur Baufeldfreimachung gab es jedoch Verstöße gegen den §44(1) Satz 2-3 BNatSchG, da die Ruhe und Fortpflanzungsstätten von zahlreichen Vogelarten komplett zerstört wurden.

Zitat: §44(1) 2-3 BNatSchG

2.

wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,

3.

Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören

Zumindest beim Haussperling wird der Erhaltungszustand der lokalen Population durch die Rodung verschlechtert.

Um diese wenigsten teilweise zu kompensieren sind für die Gebäudebrüter (Haussperling u.a.) aber auch für gebäudebewohnende Fledermäuse am Baukörper des neuen Gebäudes pro Gebäude mind. 2 geeignete Nistkästen für die betroffenen Arten festzusetzen (nach § 39 Abs.1 Nr.20 BauGB). Bitte dies in die Baugenehmigung aufnehmen

Außerdem sind die neuen Grünflächen naturnah zu bepflanzen. Schottergärten müssen über Festsetzungen im Bebauungsplan ausgeschlossen werden.

Bei der Auswahl der Gehölze, Stauden und Ansaaten bei der Außenanlagengestaltung muss darauf geachtet werden, dass neben der gestalterischen Funktion auch ökologisch wertvolle und regionaltypische Arten (insbesondere für Insekten) verwendet werden.

Die Beleuchtungsanlagen müssen mit insektenfreundlichen Leuchtmitteln betrieben werden

Bodenschutz und Geologie

Stellungnahme der Kreisstadt

Natur- und Artenschutz

Den Anregungen wird gefolgt. Es wird eine Festsetzung analog § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen.

Der Anregung wird gefolgt. Es wird eine örtliche Bauvorschrift analog § 9 Abs. 6 i.V.m. § § 85 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 LBO in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen.

Bodenschutz und Geologie

Mit der Bauleitplanung soll eine Nachverdichtung in Innerortslage realisiert werden, so dass sich die Flächeninanspruchnahme auf Böden mit anthropogener Überprägung beschränkt. Zur Nutzungshistorie des Plangebietes im ehemaligen Schlosspark liegen keine Informationen vor, wir machen jedoch allgemein darauf aufmerksam, dass Böden mit langjähriger und intensiver Gartennutzung potenziell eine erhöhte Schadstoffbelastung aufweisen können.

Der Bebauungsplan sieht aufgrund des Stellplatzbedarfes innerhalb des Plangebietes eine Überschreitung der Obergrenze der festgesetzten Grundflächenzahl vor, der laut Begründung u.a. durch die Anpflanzung von Bäumen entgegengewirkt werden soll. Aus Sicht des vorsorgenden Bodenschutzes merken wir an, dass der zulässigen Überschreitung der Flächeninanspruchnahme primär durch schutzgutspezifische Maßnahmen begegnet werden sollte und empfehlen, den Versiegelungsgrad durch die Festsetzung wasserdurchlässiger Beläge für Stellplätze, Carports und deren Zufahrten zu begrenzen.

In der Begründung zur Bauleitplanung wird dargelegt, dass die Erschließung des Plangebietes für die Bebauung aufgrund der topographischen Situation Geländemodellierungen erfordert, so dass die Realisierung des Vorhabens mit größeren Eingriffen in den Bodenaufbau verbunden ist. Es wird daher empfohlen, den Bebauungsplan um folgenden textlichen Hinweis zu ergänzen:

Oberboden, der bei der Errichtung baulicher Anlagen und Veränderungen der Erdoberfläche anfällt, ist vor Beginn der Baumaßnahme schonend abzuschleifen, fachgerecht zwischenzulagern und bei der Gestaltung der Grünflächen wieder zu verwenden. Bodenaushub aus Erdbaumaßnahmen sollte nach Möglichkeit einer Wiederverwertung vor Ort zugeführt werden. Bei der Bauausführung sind die Anforderungen der DIN 18915, 19731 und 19639 zu beachten.“

Der Hinweis wird zu Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zu Kenntnis genommen und als Hinweis in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die folgende Festsetzung analog § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzunehmen:

„Als Ersatz für die verloren gegangenen Niststätten sind für Gebäudebrüter (Hausperling u.a.) und gebäudebewohnende Fledermäuse je Baukörper mind. 2 geeignete Nistkästen für die betroffenen Arten anzubringen.“

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die folgende örtliche Bauvorschrift analog § 9 Abs. 6 i.V.m. § § 85 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 LBO in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzunehmen:

„Flächen, die nicht als Stellplätze, Zufahrten, Terrassen oder Wege benötigt werden, sind unversiegelt zu belassen und gärtnerisch als Zier- oder Nutzgarten anzulegen. Großflächig mit Steinen bedeckte Flächen, auf denen hauptsächlich Steine zur Gestaltung verwendet werden und Pflanzen nicht oder nur in geringer

	<p>Zahl vorkommen (Schottergärten), sind im Bereich dieser Freiflächen nicht zulässig.“</p> <p>Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den folgenden Hinweis in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzunehmen: „Bodenschutz Oberboden, der bei der Errichtung baulicher Anlagen und Veränderungen der Erdoberfläche anfällt, ist vor Beginn der Baumaßnahme schonend abzuschleppen, fachgerecht zwischenzulagern und bei der Gestaltung der Grünflächen wieder zu verwenden. Bodenaushub aus Erdbaumaßnahmen sollte nach Möglichkeit einer Wiederverwertung vor Ort zugeführt werden. Bei der Bauausführung sind die Anforderungen der DIN 18915, 19731 und 19639 zu beachten.“</p>
<p>2 MINISTERIUM FÜR INNERES, BAUEN UND SPORT OBERSTE LANDESBAUBEHÖRDE OBB 1 REFERAT OBB 11, LANDESPLANUNG, BAULEITPLANUNG Halbergstraße 50 66121 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>3 AMPRION GMBH Robert-Schuman-Straße 7 44263 Dortmund</p> <p><u>Schreiben vom 04.03.2021</u></p> <p>„im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.“</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>4 ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES Postfach 10 02 53 66002 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>

<p>5 BUNDESANSTALT FÜR IMMOBILIENAUFGABEN SPARTE VERWALTUNGS-AUFGABEN Fontanestraße 4 40470 Düsseldorf</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>6 BUNDESNETZAGENTUR FÜR ELEKTRIZITÄT, GAS, TELEKOMMUNIKATION, POST UND EISENBAHNEN Fehrbelliner Platz 3 10707 Berlin</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>7 CREOS DEUTSCHLAND GMBH PLANAUSKUNFT Am Zunderbaum 9 66424 Homburg</p> <p><u>Schreiben vom 24.02.2021</u></p> <p>„Die Creos Deutschland GmbH betreibt ein eigenes Gashochdruckleitungsnetz sowie ein eigenes Hoch- und Mittelspannungsnetz inklusive der zugehörigen Anlagen. Folgende Unternehmen haben uns mit der Betreuung Ihrer Leitungen und Anlagen im Rahmen der Planauskunft beauftragt:</p> <ul style="list-style-type: none"> · Nippon Gases Deutschland GmbH (Sauerstoff- und Stickstoffleitungen im Saarland) · Zentralkokerei Saar GmbH (ZKS-Leitung im Saarland) · Stadtwerke Ramstein-Miesenbach GmbH (Biogasleitung im Bereich Ramstein-Miesenbach) · Energis-Netzgesellschaft mbH (Gashochdruckleitungen im Bereich Sulzbach / Altenwald / Friedrichsthal) · Villeroy & Boch AG (Gashochdruckleitungen im Bereich Mettlach) <p>Zu Ihrer Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass im angefragten Bereich keine Anlagen der Creos Deutschland GmbH und keine der von uns betreuten Anlagen vorhanden sind.“</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>8 DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH PTI 11 SAARBRÜCKEN Pirmasenser Straße 65</p>	

67655 Kaiserslautern

Schreiben vom 24.02.2021

„die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus beigefügtem Plan ersichtlich ist.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können.

Bei Konkretisierung Ihrer Planungen durch einen Bebauungsplan ist eine Planauskunft und Einweisung von unserer zentralen Stelle einzufordern:

Deutsche Telekom Technik GmbH Zentrale Planauskunft Südwest

Chemnitzer Str. 2

67433 Neustadt a.d. Weinstr. E-Mail: planauskunft.suedwest@telekom.de

Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.

Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, bitten wir zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen rechtzeitig, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Für die Bestellung eines Anschlusses setzen sie sich bitte mit unserem Bauherrnservice 0800 3301903 in Verbindung.“

Stellungnahme der Kreisstadt

Die Hinweise und Auflagen der Deutschen Telekom Technik GmbH werden an den Vorhabenträger weitergeleitet und als Hinweise in den Textteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes aufgenommen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Hinweise der Deutschen Telekom Technik GmbH, wie folgt in den Textteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes aufzunehmen:

„Deutsche Telekom Technik GmbH

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können.

Bei Konkretisierung der Planungen ist eine Planauskunft und Einweisung von der zentralen Planauskunft Südwest einzufordern.

Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.

Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, bittet die Telekom zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen sich rechtzeitig in Verbindung zu setzen.“

**9 DEUTSCHER WETTERDIENST
REFERAT LIEGENSCHAFTSMANAGEMENT**
Frankfurter Straße 135
63067 Offenbach

Schreiben vom 08.03.2021

„im Namen des Deutschen Wetterdienstes bedanke ich mich für die Beteiligung an der Auf-

Stellungnahme der Kreisstadt

Kein Beschluss erforderlich

<p>stellung des Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnen im Schlossgarten" Kreisstadt Merzig, Stadtteil Hilbringen.</p> <p>Ihre Planung wurde anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen durch unsere Fachbereiche geprüft.</p> <p>Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.</p> <p>Sofern Sie für Vorhaben in Ihrem Einzugsgebiet amtliche klimatologische Gutachten für die Landes-, Raum- und Städteplanung, für die Umweltverträglichkeit (UVP) o. ä. benötigen, können Sie diese bei uns in Auftrag geben bzw. Auftraggeber in diesem Sinne informieren. Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner des DWD gerne zur Verfügung.“</p>	
<p>10 DIE AUTOBAHN GMBH DES BUNDES NIEDERLASSUNG WEST Bahnhofsplatz 1 56410 Montabaur</p> <p><u>Schreiben vom 12.03.2021</u></p> <p>„im Zusammenhang mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Erschließungsplan „Wohnen im Schlossgarten“ in der Stadt Merzig, Stadtteil Hilbringen, sind Belange der Autobahn GmbH nicht betroffen.“</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>11 ENERGIS-NETZGESELLSCHAFT MBH Postfach 102811 66028 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>12 EVS ENTSORGUNGSVERBAND SAAR Untertürkheimer Straße 21 66117 Saarbrücken</p> <p><u>Schreiben vom 05.03.2021</u></p> <p>„In dem von Ihnen angegebenen Planungsgebiet befinden sich keine Abwasseranlagen des EVS.</p> <p>Über mögliche Leitungsverläufe Anderer oder der Kommune liegen uns keine Informationen vor.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass sich diese Auskunft ausschließlich auf den Verlauf der Sammler be-</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>

<p>zieht.</p> <p>Soweit weitergehende Informationen, z.B. zu Eigentums- oder Nutzungsangelegenheiten von oder an Grundstücken erforderlich sind, sind diese von den jeweils zuständigen Stellen beim EVS oder anderer betroffenen Stellen, wie z.B. Gemeinde, Grundbuchamt oder Eigentümer einzuholen.</p> <p>Zur Beantwortung evtl. weiterer Fragen stehen wir gerne unter leitungsanfragen@evs.de mit Angabe unseres Geschäftszeichens zur Verfügung und verbleiben“</p>	
<p>13 HANDWERKSKAMMER DES SAARLANDES Hohenzollernstr. 47-49 66117 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>14 IHK SAARLAND Franz-Josef-Röder-Str. 9 66119 Saarbrücken</p> <p><u>Schreiben vom 29.03.2021</u></p> <p>„durch die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplanes sollen eine größere Wohnbebauung im innerörtlichen Bereich von Hilbringen sowie die gewerbliche Nutzung des Schlosses in Form von Ferienwohnungen planungsrechtlich ermöglicht werden. Anregungen und Bedenken zu den einzelnen Festsetzungen des Bebauungsplanes, insbesondere was Art und Maß der baulichen Nutzung betrifft, sind von uns nicht vorzutragen.“</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>15 LANDESAMT FÜR VERMESSUNG, GEOINFORMATION UND LANDENTWICKLUNG Von der Heydt 22 66115 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>16 LANDESBETRIEB FÜR STRAßENBAU Peter-Neuber-Allee 1 66538 Neunkirchen</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p>

	Kein Beschluss erforderlich
<p>17 LANDESDENKMALAMT Am Bergwerk Reden 11 66578 Schiffweiler</p> <p><u>Schreiben vom 16.04.2021</u></p> <p>„ich nehme Bezug auf unser eben geführtes Telefonat und danke für die Gewährung einer Fristverlängerung, vorerst bis zum 10.05.2021.“</p> <p><u>Schreiben vom 20.05.2021</u></p> <p>„Der Erschließungsplan muss an das inzwischen geänderte Bauvorhaben (letzte Fassung) angepasst werden. Dies gilt insbesondere für Höhenangaben im Gelände und Höhenfestsetzungen für die Baukörper. Die Notwendigkeit der Korrekturen in der Altfassung bestehen fort (u.a. GRZ IV -> GRZ II für das Schloss).</p> <p>Textlich muss festgehalten werden :</p> <p>Die Planfestsetzungen ersetzen die Genehmigungspflicht gem. § 10 SDSchG, hier v.a. im Hinblick auf § 6 Abs. 2 SDSchG, nicht. Sie bleibt uneingeschränkt bestehen.</p> <p>Der Satz zu „Böschungen, Abgrabungen...“ ist zu streichen. Er wird ersetzt durch:</p> <p>Sämtliche Erdeingriffe unterliegen dem Abstimmungsvorbehalt mit dem Landesdenkmalamt. Durch Erdeingriffe kann der Genehmigungsvorbehalt gem. § 10 SDSchG berührt werden.</p> <p>Ergänzend :</p> <p>Fragen der Freiflächengestaltung (Oberflächen, Bepflanzung, Einfriedungen) können m.E. nicht hinreichend im Rahmen des Planwerks festgesetzt werden. Gleiches gilt für die Detailausgestaltung der Architektur, hier v.a. hinsichtlich der im Sinne von § 6 Abs. 2 SDSchG wirksamen Materialität und Farbigkeit, die aus unserer Sicht in der Umgebung des Schlosses zwingend abgestimmt werden muss. Wo und ob bzw. wie eine solche Vorgabe ggf. zusätzlich festgeschrieben wird (Planwerk ?, Durchführungsvertrag ?), kann ich nicht abschließend bewerten und mir hier auch verschiedene Lösungen vorstellen. Letztlich konkretisieren sie das, was durch den Hinweis auf § 6 Abs. 2 SDSchG gemeint ist. Allerdings liegen zu solchen Aussagen bislang keinerlei planerische Ausarbeitungen vor – und müssen dies zum</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Auf Basis der vorgebrachten Anregungen des Landesdenkmalamtes fanden Abstimmungen statt, in deren Folge die Planunterlagen angepasst und dem Landesdenkmalamt zur abschließenden Stellungnahme erneut vorgelegt wurden. Da zwischenzeitlich eine denkmalrechtliche Genehmigung zur Nutzung des Schlosses in Form von Ferienwohnen erfolgte, wurde der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, um den Teilbereich des Schlosses samt zugehöriger Gartenfläche reduziert, da eine Überplanung des Bestandes nicht mehr erforderlich ist, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die beabsichtigte Nutzung des Schlosses zu schaffen.</p> <p>Den redaktionellen Anregungen aus dem ergänzenden Schreiben vom 16.09.2021 wird gefolgt. Diese werden in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, um den Teilbereich des Schlosses samt zugehöriger Gartenfläche zu reduzieren.</p> <p>Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die getroffene nachrichtliche Übernahme, wie folgt anzupassen:</p> <p>„Nach dem Denkmalschutzgesetz geschützte Denkmäler Angrenzend zum Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes befindet sich mit dem Schloss Hilbringen und seiner Nebengebäude eine Einzelanlage, die als Baudenkmal gem. SDSchG geschützt ist. Auch die Umgebung des Baudenkmal ist Gegenstand des Denkmalschutzes. In der Umgebung des Baudenkmal bedürfen die Errichtung, Anbringung, Änderung oder Beseitigung von Anlagen, die das Erscheinungsbild des Baudenkmal nicht nur vorübergehend beeinträchtigen, einer denkmalrechtlichen Genehmigung gem. § 10 SDSchG. Die Planfestsetzungen ersetzen für das Allgemeine Wohngebiet die Genehmigungspflicht gem. § 10 SDSchG, hier v.a. im Hinblick auf §</p>

gegenwärtigen Zeitpunkt ggf. ja auch noch nicht.

Gerne erwarte ich Ihre ergänzte bzw. korrigierte Fassung vorab zur Korrektur bzw. Freigabe.“

Ergänzendes Schreiben vom 16.09.2021

„Nach dem Denkmalschutzgesetz geschützte Denkmäler

Angrenzend zum Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes befindet sich mit dem Schloss Hilbringen und seiner Nebengebäude eine Einzelanlage, die als Baudenkmal gem. SDSchG geschützt ist. Auch die Umgebung des Baudenkmals ist Gegenstand des Denkmalschutzes. In der Umgebung des Baudenkmals bedürfen die Errichtung, Anbringung, Änderung oder Beseitigung von Anlagen, die das Erscheinungsbild des Baudenkmals nicht nur vorübergehend beeinträchtigen, einer denkmalrechtlichen Genehmigung gem. § 10 SDSchG.

Die Planfestsetzungen ersetzen für das Allgemeine Wohngebiet die Genehmigungspflicht gem. § 10 SDSchG, hier v.a. im Hinblick auf § 6 Abs. 2 SDSchG, nicht. Sie bleibt uneingeschränkt bestehen.

Ebenso sind im Allgemeinen Wohngebiet die Freiflächengestaltung und die Detailausgestaltung der Architektur, hier v.a. hinsichtlich der im Sinne von § 6 Abs. 2 SDSchG wirksamen Materialität und Farbigkeit, zwingend mit dem Landesdenkmalamt im Rahmen eines denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahrensabzustimmen.

Auf die Anzeigepflicht von Bodenfunden und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 1 und 2 SDSchG) wird hingewiesen. Zudem wird auf § 28 SDSchG (Ordnungswidrigkeiten) hingewiesen.

Einfriedungen: Für die Errichtung von Einfriedungen ist uneingeschränkt eine denkmalrechtliche Genehmigung gem. § 10 SDSchG notwendig.“

Ergänzendes Schreiben vom 23.09.2021

„gegen die nunmehr vorgelegte Fassung des Planwerks bestehen keine Bedenken.

Hinweis: Im Zeichenteil **VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN** überlagert der Layer des Grünstreifens eine Höhenangabe und einen Angabe RKS... Ob dies relevant ist, vermag ich nicht einzuschätzen.“

6 Abs. 2 SDSchG, nicht. Sie bleibt uneingeschränkt bestehen.

Ebenso sind im Allgemeinen Wohngebiet die Freiflächengestaltung und die Detailausgestaltung der Architektur, hier v.a. hinsichtlich der im Sinne von § 6 Abs. 2 SDSchG wirksamen Materialität und Farbigkeit, zwingend mit dem Landesdenkmalamt im Rahmen eines denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahrensabzustimmen.

Auf die Anzeigepflicht von Bodenfunden und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 1 und 2 SDSchG) wird hingewiesen. Zudem wird auf § 28 SDSchG (Ordnungswidrigkeiten) hingewiesen.“

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die folgenden örtlichen Bauvorschriften analog § 9 Abs. 6 BauGB i.V.m. § § 85 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 LBO in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzunehmen:

„Böschungen, Abgrabungen, Aufschüttungen und Stützwände: Erdeingriffe ab einer Höhe von 0,5 m unterliegen dem Abstimmungsvorbehalt mit dem Landesdenkmalamt. Durch Erdeingriffe kann der Genehmigungsvorbehalt gem. § 10 SDSchG berührt werden.

Einfriedungen: Für die Errichtung von Einfriedungen ist uneingeschränkt eine denkmalrechtliche Genehmigung gem. § 10 SDSchG notwendig.“

18 LANDESPOLIZEIPRÄSIDIUM
LPP 125-
KAMPFMITTELBESEITIGUNGSDIENST
Mainzer Straße 134-136
66121 Saarbrücken

Schreiben vom 05.03.2021

„nach Auswertung der uns vorliegenden Unterlagen sind im oben genannten Planungsbereich keine konkreten Hinweise auf mögliche Kampfmittel zu erkennen.

Gegen die Baumaßnahme sprechen somit nach derzeitigem Kenntnisstand keine Gründe.

Bemerkungen:

Die vorhandenen Luftbilder zeigen immer nur eine Momentaufnahme. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass andere Verdachtsmomente vorliegen könnten, die aus folgenden Gründen (Fettdruck) in der Auswertung nicht erkennbar waren und somit nicht in diese einfließen konnten:

- o Brandbombenblindgänger (in der Regel im Luftbild nicht erkennbar)
- o durch Überwerfungen mit Erdreich bei starken Bombardierungen sind vermutliche Einschlagstellen nicht erkennbar
- o schlechte Luftbildqualität
- o **nicht alle Luftangriffe/Kampfhandlungen sind mit Luftbildaufnahmen belegt**
- o keine Luftbilder vorhanden
- o Schlagschatten durch Gebäudeteile
- o Bewuchs/Bewaldung/Bebauung
- o Flakgranatenblindgänger
- o Bombardierungen/Kampfhandlungen nach den letzten vorhandenen Luftbildaufnahmen
- o **vergrabene Kampfmittel**

Daher kann durchaus, auch bei einem gemäß der Luftbildauswertung sauberen Bereich, ein Restrisiko erhalten bleiben.

Sollten wider Erwarten Kampfmittel gefunden werden, so sind die zuständige Polizeidienststelle und der Kampfmittelbeseitigungsdienst unverzüglich zu verständigen.

Hinweis:

Seit 2013 werden Baugrunduntersuchungen und Grundstücksüberprüfungen (Flächendetektion/Bohrlochdetektion) aus personellen Gründen nicht mehr durch den staatlichen Kampfmittelbeseitigungsdienst durchgeführt. Deshalb sollten Anfragen zu Kampfmitteln so

Stellungnahme der Kreisstadt

Der Hinweis des Kampfmittelbeseitigungsdienstes wird aus Vorsorgegründen als Hinweis in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Hinweis des Kampfmittelbeseitigungsdienstes, wie folgt in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzunehmen:

„Kampfmittel

Nach Auswertung der vorliegenden Unterlagen sind im Planungsbereich keine konkreten Hinweise auf mögliche Kampfmittel zu erkennen. Sollten wider Erwarten Kampfmittel gefunden werden, so sind die zuständige Polizeidienststelle und der Kampfmittelbeseitigungsdienst unverzüglich zu verständigen.“

<p>frühzeitig gestellt werden, dass die Beauftragung gewerblicher Firmen zur Detektion der Baufläche rechtzeitig vor Baubeginn durch den Bauherrn erfolgen kann. Die Kosten hierfür gehen zu Lasten des Bauherrn/Auftraggebers.</p> <p>Der Kampfmittelbeseitigungsdienst ist auch weiterhin für die Beseitigung, Entschärfung, Vernichtung aufgefundener Kampfmittel zuständig.“</p>	
<p>19 LANDWIRTSCHAFTSKAMMER FÜR DAS SAARLAND In der Kolling 310 66450 Bexbach</p> <p><u>Schreiben vom 12.04.2021</u></p> <p>„gegen den vorliegenden Bebauungsplan werden keine Bedenken vorgebracht.“</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>20 MINISTERIUM DER JUSTIZ Zähringer Straße 12 66119 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>21 MINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUR Trierer Straße 33 66111 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>22 MINISTERIUM FÜR INNERES, BAUEN UND SPORT REFERAT OBB24 Halbergstraße 50 66121 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>23 MINISTERIUM FÜR INNERES, BAUEN UND SPORT REFERAT B 4 ZMZ Mainzer Straße 136 66121 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>

24 MINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Keplerstraße 18
66117 Saarbrücken

Schreiben vom 01.03.2021

„im Geltungsbereich des o. g. vorhabenbezogenen Bebauungsplans befindet sich kein Wald im Sinne des § 2 Landeswaldgesetz (LWaldG). Insofern sind die Belange der Forstbehörde nicht betroffen.“

Stellungnahme der Kreisstadt

Kein Beschluss erforderlich

**25 MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT, ENERGIE UND VERKEHR
REFERAT E/1**

Postfach 10 24 63
66024 Saarbrücken

Schreiben vom 31.03.2021

„zu der o.a. Bauleitplanung nehmen die Fachreferate des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr wie folgt Stellung:

Stabsstelle Klimaschutzkoordinator der Landesregierung:

Bezüglich des Ausbaus der Leitungs- und Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität wird auf das neue Gesetz zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität vom 18. März 2021 (Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz GEIG) in seiner gültigen Fassung hin gewiesen.

Neben der geplanten Installation von Solarthermieanlagen sollten des Weiteren wenn möglich auch Photovoltaikmodule mit berücksichtigt werden.

Referat für Tourismuspolitik und Tourismusförderung:

Das Fachreferat steht dem Vorhaben, insbesondere der Schaffung von neuen Übernachtungsangeboten im Schloss Hilbringen, positiv gegenüber. Dieses Vorhaben wird touristisch begrüßt.

Ansonsten bestehen aus Sicht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr keine Bedenken.

Soweit noch nicht geschehen, bitte ich im weiteren Verfahren das Oberbergamt für das Saarland sowie den Landesbetrieb für Straßenbau (L 170 und L 173) zu beteiligen.“

Stellungnahme der Kreisstadt

Der Hinweis wird zu Kenntnis genommen.

Kein Beschluss erforderlich

<p>26 OBERBERGAMT DES SAARLANDES Am Bergwerk Reden 10 66578 Schiffweiler</p> <p><u>Schreiben vom 03.03.2021</u></p> <p>„Nach Prüfung der Angelegenheit teilen wir Ihnen mit, dass gegen die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Wohnen im Schlossgarten“ im Stadtteil Hilbringen der Kreisstadt Merzig aus bergbaulicher Sicht keine Bedenken bestehen. Wir verzichten auf eine Einsichtnahme in die öffentlich ausgelegten Planunterlagen.“</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>27 ORN OMNIBUSVERKEHR RHEIN-NAHE GMBH NIEDERLASSUNG SAARLAND Bahnhofstraße 56 66663 Merzig</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>28 PFALZWERKE NETZ AG REGIONALNETZ (RN) EXTERNE PLANUNGEN/KREUZUNGEN Kurfürstenstraße 29 67061 Ludwigshafen</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>29 RAG MONTAN IMMOBILIEN GMBH HERRN JÜRGEN MAURER Provinzialstraße 1 66806 Ensdorf</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>30 SAARFORST LANDESBETRIEB GESCHÄFTSBEREICH 3 Im Klingelfloß 66571 Eppelborn</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>

<p>31 SAARLÄNDISCHER RUNDFUNK FUNKHAUS HALBERG 66100 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>32 STEAG NEW ENERGIES GMBH PT-P/ZENTRALE PLANAUSKUNFT St. Johanner Straße 101-105 66115 Saarbrücken</p> <p><u>Schreiben vom 24.02.2021</u></p> <p>„in dem von Ihnen gekennzeichneten Planbereich sind keine Versorgungsleitungen unserer Zuständigkeit vorhanden. Zentrale Planauskunft für die Fernwärme-Verbund Saar GmbH und die STEAG New Energies GmbH.“</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>33 VODAFONE KABEL DEUTSCHLAND GMBH NETZINFRASTRUKTUR Zurmaiener Straße 175 54292 Trier</p> <p><u>Schreiben vom 16.04.2021</u></p> <p>„wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 24.02.2021.</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen.</p> <p>Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TFR.Stuttgart.SW@Vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können.</p> <p>Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.</p> <p>Eine Ausbauentscheidung trifft Vodafone nach</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Die Hinweise und Auflagen der Vodafone Kabel Deutschland GmbH werden an den Vorhabenträger weitergeleitet und als Hinweise in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Hinweise der Vodafone Kabel Deutschland GmbH, wie folgt in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzunehmen: „Vodafone Kabel Deutschland GmbH Es wird darauf hingewiesen, dass die Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung der Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigt die Vodafone Kabel Deutschland GmbH mindestens drei Monate vor Baubeginn den Auftrag, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können.“</p>

<p>internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung:</p> <p>Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg</p> <p>Neubaugebiete.de@vodafone.com</p> <p>Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.</p> <p>Weiterführende Dokumente: Kabelschutzanweisung Vodafone Kabelschutzanweisung Vodafone Kabel Deutschland Zeichenerklärung Vodafone Zeichenerklärung Vodafone Kabel Deutschland“</p>	
<p>34 VSE VERTEILNETZ GMBH Heinrich-Böcking-Str. 10-14 66121 Saarbrücken</p> <p><u>Schreiben vom 04.03.2021</u></p> <p>„gegen die geplante Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes bestehen unsererseits keine Bedenken, da sich innerhalb des Geltungsbereiches keine uns gehörenden Versorgungsanlagen befinden.“</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>35 WASSERSTRÄßEN - UND SCHIFFFAHRTSAMT SAARBRÜCKEN Bismarckstr. 133 66121 Saarbrücken</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>36 KREISSTADT MERZIG TIEFBAUABTEILUNG Brauerstraße 5 66663 Merzig</p> <p><u>Schreiben vom 25.03.2021</u></p> <p>„Bezüglich der tiefbautechnischen Erschließung dieses Gebietes müssen einige Dingen beachtet werden.</p> <p>Kanal Die Ableitung der Abwässer also sowohl Regen</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Die Hinweise des Tiefbauamtes hinsichtlich</p>

wie auch Schmutzwasser kann nicht wie vorgesehen über die Straße „Am Schlossberg“ erfolgen. Sie muss wie auch immer im unteren Teil der Waldwieserstraße an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden. Hierzu gibt es mehrere Möglichkeiten, welche später im Detail festgelegt werden können.

Zur Zeit handelt es sich bei der Fläche um unbebaute Grundstücke. Bei der Umsetzung des Bebauungsplanes muss zumindest für die Wohnhäuser eine Regenrückhaltung mit verzögertem Ablauf angestrebt werden. Diese kann in Form von Einzelanlagen pro Anwesen erfolgen, wie es auch in anderen Neubaugebietern der Stadt üblich ist.

Straße

Die Erschließung über die Straße „Am Schlossberg“ erscheint auf Grund der vorhandenen Straßenbreiten als nicht unproblematisch. Der Einfahrtsbereich der neuen Erschließungsstraße muss bis zum Maximum ausgeweitet werden. Hier muss vor Baubeginn eine ordentliche Straßenplanung erfolgen, welche die Machbarkeit dieser Erschließung darstellt. Aber selbst in der ausgeweiteten Form des Anschlusses wird es vermutlich nicht ohne ordnungsrechtliche Eingriffe, wie Parkverbot in der Straße „Am Schlossberg“ möglich sein, für alle Fahrzeuge den entsprechenden Radius zur Verfügung zu stellen. Dies muss genauer untersucht werden. Es stellt sich die Frage, ob eine Erschließung über die „Waldwieser Straße“ durch den Abriss eines Gebäudes nicht sinnvoller wäre. Hierzu müsste jedoch dann auch der Landesbetrieb für Straßenbau und die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises gehört werden.“

Ergänzendes Schreiben vom 21.07.2021

„nach interner Absprache mit unserem Ordnungsamt steht der Zufahrt in der vorgegebenen Form nichts entgegen. Die vorhandene Mauer muss jedoch so weit wie möglich abgerissen werden und des Weiteren muss auch ordnungsrechtlich in den Zufahrtsbereich eingegriffen werden. Dies geschieht über ein eingeschränktes Halteverbot wie in dem beigefügten Wortlaut des Ordnungsamtes aufgeführt.

"nach Abstimmung mit der Grundstückseigentümerin des Anwesens Schlossberg 15, ..., ist ein eingeschränktes Haltverbot (Vz 286) gegenüber der Einmündung der zu erschließenden Straße möglich. Demnach wäre die Schleppkurve vorwärts einzuhalten."

Somit steht der Verkehrsführung in der vorgelegten Form nichts entgegen.

der Abwasserbeseitigung und Erschließung wurden an den Vorhabenträger zur Berücksichtigung weitergeleitet. Es fanden Abstimmungen mit dem Stadtplanungsamt und Tiefbauamt der Stadt statt. Auf deren Basis wurde die Dimensionierung der geplanten Erschließungsstraße im Vorhaben- und Erschließungsplan entsprechend angepasst und dem Tiefbauamt zur abschließenden Stellungnahme erneut vorgelegt. Die im vorgelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes festgesetzte Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung und Fläche für Stellplätze muss entsprechend geringfügig angepasst werden.

Die Ableitung des Niederschlags- und Schmutzwassers kann über die Merziger Straße oder Waldwieserstraße erfolgen. Die im vorgelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Festsetzung zur Abwasserbeseitigung analog § 9 Abs. 6 BauGB muss entsprechend angepasst werden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die festgesetzte Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung und Fläche für Stellplätze entsprechend den Abstimmungen mit dem Tiefbauamt der Stadt geringfügig anzupassen.

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die getroffene Festsetzung zur Abwasserbeseitigung analog § 9 Abs. 6 BauGB, wie folgt im vorhabenbezogenen Bebauungsplan anzupassen:

„Das Plangebiet ist im Mischsystem zu entwässern.

Zur Brauchwassernutzung ist die Errichtung von Speichern (z.B. Zisternen) zulässig.

Sollte eine Versickerung technisch nicht möglich sein, ist das anfallende Niederschlagswasser durch geeignete Maßnahmen (z. B. Zisterne, etc.) auf dem Grundstück zurückzuhalten und gedrosselt der vorhandenen Kanalisation zuzuführen.

Die Entwässerungsplanung ist mit den Stadtwerken Merzig und dem Tiefbauamt der Stadt abzustimmen.“

<p>Es sei mir jedoch noch nach Rücksprach mit Herrn Bies an dieser Stelle noch eine Anmerkung zum Zustand der Zufahrtsstraße gestattet. Diese befindet sich bereits jetzt in einem grenzlastigen Zustand, ist jedoch für den jetzigen Fahrzeugverkehr noch ausreichend. Durch die zusätzliche Belastung auf Grund der geplanten Baumaßnahme ist eine weitere Verschlechterung zu erwarten. Nach Abschluss der Baumaßnahme sollte gemeinsam besprochen werden, wie mit dem Zustand der Straße dauerhaft umgegangen wird.“</p>	
<p>37 STADTWERKE MERZIG GMBH Am Gaswerk 5 66663 Merzig</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>38 INEXIO INFORMATIONSTECHNOLOGIE UND TELEKOMMUNIKATION GMBH Am Saarlarm 1 66740 Saarlouis</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>39 LANDKREIS MERZIG-WADERN UNTERE BAUAUFSICHTSBEHÖRDE Bahnhofstraße 44 66663 Merzig</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>40 LANDKREIS MERZIG-WADERN GESUNDHEITSAMT Hochwaldstraße 44 66663 Merzig</p> <p><u>Schreiben vom 04.03.2021</u></p> <p>„zur Aufstellung des o.g. Bebauungsplans bestehen seitens des Gesundheitsamtes keine grundsätzlichen Bedenken, sofern die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung gemäß BauGB - § 1 Abs. 6, Nr. 1 berücksichtigt werden. Wenn zutreffend, sind die Vorgaben nach § 13 Abs. 4 sowie § 17 Abs. 2 der Trinkwasserverordnung 2001 in der aktuell gültigen Fassung zu beachten.“</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Das Gesundheitsamt hat keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Planvorhaben. Die Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Stadtteil Hilbringen und angrenzenden Stadtteilen der Kreisstadt Merzig werden durch das Planvorhaben verbessert.</p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>

<p>41 GEMEINDE BECKINGEN HERRN BÜRGERMEISTER Bergstraße 48 66701 Beckingen</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>42 GEMEINDE LOSHEIM AM SEE HERRN BÜRGERMEISTER Merziger Straße 3 66679 Losheim</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>43 GEMEINDE METTLACH HERRN BÜRGERMEISTER Freiherr-vom-Stein-Straße 64 66693 Mettlach</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>44 GEMEINDE REHLINGEN-SIERSBURG HERRN BÜRGERMEISTER Bouzonviller Platz 66780 Rehlingen-Siersburg</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>B1 BÜRGER 1</p> <p><u>Schreiben vom 13.04.2021</u></p> <p>„ich sende Ihnen unsere Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ‚Wohnen im Schlossgarten‘ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Hilbringen.</p> <p>Nach Einsicht in die offen gelegten Unterlagen ergeben sich erhebliche Abweichungen von den Angaben in der Begründung und den Gegebenheiten an der Örtlichkeit.</p> <p>zu Vorbemerkungen Seite 4:</p> <p>Die externe Erschließung über die Straße</p>	<p><u>Stellungnahme der Kreisstadt</u></p>

„Schlossberg“ ist nicht gewährleistet.

1. Die Straße darf seit Jahren mit Fahrzeugen über 3.5t nicht befahren werden.
2. Im Teilbereich der Anlieger Hausnummer 21-15 hat die Straße „Schlossberg“ nur eine Breite von 4.50 m und hat damit nicht die für LKW, vor allem aber für Baufahrzeuge. Müllfahrzeuge oder Feuerwehr erforderliche Mindestbreite für Fahrbahnen mit Begegnungsverkehr von 4.75 m.
3. Bei der Anbindung der internen Stichstraße an die externe Stichstraße sind notwendige Kurvenradien für größere Fahrzeuge nicht gegeben.
4. Es besteht keine Wendemöglichkeit für größere Fahrzeuge.
5. Der ruhende Verkehr der Anlieger Schlossberg 13, 15, 17 kann seit 50 Jahren teilweise nur auf der Straße organisiert werden, weil auf den jeweiligen Grundstücken keine Möglichkeit gegeben ist.

zu Ver- und Entsorgung Seite 7

Bei den Angaben zur Entsorgungsinfrastruktur müsste für die Entwässerung die bestehende Kanalisation in den Straßen „Schlossberg“/Hügelstraße ausgeklammert werden, weil dieser Kanal schon aktuell überlastet ist.

zu Seite 20

Im Abschnitt „Auswirkungen auf die Belange des Verkehrs und auf die Belange der Ver- und Entsorgung“ sind folgende Punkte nichtzutreffend:

1. Der Anstieg des Verkehrsaufkommens im Stichstraßenteil der Erschließungsstraße „Schlossberg“ ist keinesfalls eher geringfügig, sondern mit 280% eher sehr erheblich. Zu den aktuellen 5 Anliegern kämen 14 hinzu.
2. Die Belange des Verkehrs in der Straße „Schlossberg“ werden wie oben dargestellt erheblich negativ beeinträchtigt.

Damit müssten die entsprechenden Argumente aus der Aufstellung für die Verabschiedung in die Liste der Argumente gegen die Verabschiedung verschoben werden.“

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es fanden Abstimmungen mit dem Stadtplanungsamt und Tiefbauamt der Stadt statt. Auf deren Basis wurde die Dimensionierung der geplanten Erschließungsstraße im Vorhaben- und Erschließungsplan entsprechend angepasst und dem Tiefbauamt zur abschließenden Stellungnahme erneut vorgelegt. Die im vorgelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes festgesetzte Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung und Fläche für Stellplätze muss entsprechend angepasst werden. Im Rahmen der Baumaßnahme ist seitens des Vorhabenträgers durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass sich der Zustand der Zufahrtsstraße „Schlossberg“ nicht erheblich verschlechtern wird und die ordnungsgemäße Erschließung des Plangebietes und der angrenzenden Grundstücke und Wohngebäude langfristig gewährleistet ist.

Die Ableitung des Niederschlags- und Schmutzwassers kann über die Merziger Straße oder Waldwieserstraße erfolgen. Die im vorgelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Festsetzung zur Abwasserbeseitigung analog § 9 Abs. 6 BauGB muss entsprechend angepasst werden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die festgesetzte Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung und Fläche für Stellplätze entsprechend den Abstimmungen mit dem Tiefbauamt der Stadt anzupassen.

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die getroffene Festsetzung zur Abwasserbeseitigung analog § 9 Abs. 6 BauGB, wie folgt im vorhabenbezogenen Bebauungsplan anzupassen: „Das Plangebiet ist im Mischsystem zu entwässern.

Zur Brauchwassernutzung ist die Errichtung von Speichern (z.B. Zisternen) zulässig. Sollte eine Versickerung technisch nicht möglich sein, ist das anfallende Niederschlagswasser durch geeignete Maßnahmen (z. B. Zisterne, etc.) auf dem Grundstück zurückzuhalten und gedrosselt der vorhandenen Kanalisation zuzuführen.

Die Entwässerungsplanung ist mit den Stadtwerken Merzig und dem Tiefbauamt der Stadt abzustimmen.“

B2 BÜRGER 2

Schreiben vom 15.04.2021

„zu dem Entwurf zum Bebauungsplan Wohnen

Stellungnahme der Kreisstadt

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

im Schlossgarten in Hilbringen habe ich folgendes mitzuteilen!

Ich wohne seit über 30 Jahren in meinem Haus in Hilbringen, Schlossberg 15. Mein Auto und die Autos meiner Söhne parken jetzt seit über 20 Jahren vor dem Haus, da ein entsprechender Parkplatz nicht vorhanden ist. Da die Sackgasse in der Straße Schlossberg keine richtige Breite, wie die anderen Dorfstraßen in Hilbringen haben, wird es nicht nur sehr starke Probleme bei der Ausfahrt aus der Anlage "Wohnen im Schlossgarten" in die Straße Schlossberg, direkt vor meiner Haustür geben, sondern m. M. unmöglich werden.

Zu der Straße Schlossberg möchte ich auch noch mitteilen, dass sowohl in der Einfahrt von der Waldwieserstr. als auch von der Mechnerstr. ein Durchfahrtsverbotsschild für LKW über 3,5 t schon seit Jahren steht, sodass entsprechende Baufahrzeuge, bestimmt mit einem Gewicht um die 40 t, diese Straße nicht benutzen dürfen und wegen der Enge der Straße mit den parkenden Fahrzeugen unmöglich ist. Die Durchfahrtsverbotsschilder sind ja nicht umsonst von der Stadt für die gesamte Straße Schlossberg aufgestellt worden.

Die Straße Schlossberg ist außerdem mit dem Untergrund und dem befindlichen Kanal für LKW über 3,5 t nicht ausgebaut. Auf den uralten Pflastersteinen wurde nur eine Teerdecke aufgebracht, die auch laufend, vor allem im Winter nach dem Frost, größere Löcher hat.

Ich bitte dies bei der Genehmigung des Bebauungsplanes zu berücksichtigen.“

Es fanden Abstimmungen mit dem Stadtplanungsamt und Tiefbauamt der Stadt statt. Auf deren Basis wurde die Dimensionierung der geplanten Erschließungsstraße im Vorhaben- und Erschließungsplan entsprechend angepasst und dem Tiefbauamt zur abschließenden Stellungnahme erneut vorgelegt. Die im vorgelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes festgesetzte Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung und Fläche für Stellplätze muss entsprechend angepasst werden. Im Rahmen der Baumaßnahme ist seitens des Vorhabenträgers durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass sich der Zustand der Zufahrtsstraße „Schlossberg“ nicht erheblich verschlechtern wird und die ordnungsgemäße Erschließung des Plangebietes und der angrenzenden Grundstücke und Wohngebäude langfristig gewährleistet ist.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die festgesetzte Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung und Fläche für Stellplätze entsprechend den Abstimmungen mit dem Tiefbauamt der Stadt anzupassen.

VORSCHLAG DER VERWALTUNG

Aufgrund der bereits erfolgten denkmalschutzrechtlichen Genehmigung zur Nutzung des Schlosses in Form von Ferienwohnen ist die Überplanung des Bestandes nicht mehr erforderlich. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird um den Teilbereich des Schlosses samt zugehöriger Gartenfläche reduziert.

Stellungnahme der Kreisstadt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, um den Teilbereich des Schlosses samt zugehöriger Gartenfläche zu reduzieren.